



Vierteljähriger Uebernommene, in Breslau 6 Mark, Wochen-Uebernommene, 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer sechsheligen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Ergänzung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 39. Abend-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Sonnabend, den 16. Januar 1886.

Parlamentsbrief.

Berlin, 15. Januar.

Der Reichstag hat auch heute verhandelt, ohne daß ein Vertreter der Regierung zur Stelle war; natürlich kann sich derselbe nicht daran zu richten lassen. Anträge zu verhandeln, die nach seiner Überzeugung zu seiner Kompetenz gehören und es ist sehr fraglich, ob die Regierung es auf die Dauer ihren Interessen für entsprechend erachtet wird, ihre Praxis durchzusetzen.

Es kam heute endlich die Ausweitungssangelegenheit zur Sprache. Die Tribünen waren überfüllt, da sich die große Menge des Publikums nicht an den Gedanken gewöhnt hatte, daß Fürst Bismarck einer solchen Debatte fern bleiben würde; die Mehrzahl der Zuhörer wird sich sehr enttäuscht gefühlt haben. Das erste Wort fiel naturgemäß dem polnischen Vertreter zu, Herrn von Jazdewski, der die Geduld des Hauses zwei Stunden lang in Anspruch nahm. Sie war für den stenographischen Bericht und nicht für die Zuhörer bestimmt, und die Aufgabe, ihr zu folgen, war eine so unankbare, daß sich Wenige daran versucht haben. Der Redner verzögert über ein schwaches Organ und über gar keine Modulation des Ausdrucks; ich bin überzeugt, daß man beim Nachlesen manche beachtenswerte Aussöhnung in derselben finden wird. Auch die Rede Liebknechts bot noch keine Veranlassung, mit Aufmerksamkeit zu lauschen. Für Themen dieser Art ist Bebel der einzige berufene Redner der sozialdemokratischen Partei. Er hat parlamentarische Begabung; er weiß so zu sprechen, daß die entschiedensten Gegner sich angeregt fühlen, während den Reden Liebknechts stets ein so doctrinärer Ton anhaftet, als er sich mit extremen Unrichtigkeiten verträgt.

Der Standpunkt der freisinnigen Partei wurde von dem Professor Möller aus Königsberg auf das glücklichste vertreten, der die Grenze zwischen jenem Standpunkt und den Anträgen der übrigen Parteien wissentlich markierte. Nicht gegen das Streben, dem deutschen Element in den Provinzen Schutz zu verschaffen, richtet sich die Action der Partei, sondern gegen die begangenen Misgriffe, die so zahlreich und so einschneidend sind, daß man unmöglich sich darauf beschränken kann, die Abstellung jedes einzelnen im Verwaltungsweg zu fordern.

Der Führer der conservativen Partei, Herr von Hellendorff, hatte einen sehr unglücklichen Tag. Jedes leitende Gedankens baar, beschränkte sich seine Rede darauf, eine Blumenlese aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu geben, und er versagte es sich nicht, ihr selbst auf ein Gebiet zu folgen, wo zwar dem offiziellen Blatte kein Staatsanwalt, aber dem Parlamentsredner ein Ordnungsruf droht.

Seine Rede gab Windhorst, der anfänglich sehr wenig gezeigt schien, an der Diskussion teilzunehmen, Gelegenheit zu einer sehr schlagernden Erwiderung. Das Centrum hat in letzter Stunde einen selbstständigen Antrag eingebracht, der sich aber von dem freisinnigen Antrage so unbedeutend unterscheidet, daß es kaum lohnend sein wird, den letzteren aufrecht zu erhalten.

Politische Uebersicht.

Breslau, 16. Januar.

Der Reichstagsabgeordnete Mr. Brömel widmet dem Branntwein-Monopolentwurf in der „Nation“ eine Kritik, die ohne sich auf die mehrfach besprochenen Details einzulassen, nur die großen allgemeinen finanziellen Fragen betont, die diesem Gesetzesvorschlag wie die ganze Wirtschaftspolitik der Regierung charakteristisch. Herr Brömel schreibt:

„Ein ungeheueres Handels- und Fabrikgeschäft soll das Deutsche Reich etablieren. Es soll industrielle Etablissements erwerben, und anlegen,

Wildes Blut.*)

[116]

Erzählung in zwei Abtheilungen von Balduin Möllhausen.

Zu gleicher Zeit erhoben sich hinter dem Gartenzau, von wo aus sie den Vorplatz nothdürftig zu erblicken vermochten, zwei halbnackte braune Gestalten. Behutsam schlichen sie an der Einziedigung hin, bis sie aus entgegengesetzter Richtung das Weizenfeld erreichten, hinter welchem die wilde Hanit und Florence verschwunden waren. Der Huëko und der blödsinnige Sohn der wilden Hanit waren es, die, gemäß ihrer Verabredung mit dieser, sie beständig im Auge zu behalten und ihres Winkes gewißtig zu sein trachteten. Sie sahen schrecklich aus. Jemand, der mit indianischen Sitten und Gebräuchen vertraut, würde bei ihrem Anblick sofort erraten haben, daß sie sich auf dem Wege zu einem blutigen Unternehmungen befanden. Feuerroth hatte Wiskun Antlitz und Oberkörper gefärbt, ersteres aber noch mit breiten gelben Querlinien versehen, wogegen seine Brust das nothdürftig erkennbare Bild eines gelben Eichhorns zierete. Auf seinem schwarz und zottig behaarten Haupte trug er, vereinigt mit der gesuchten Wirbellocke, einen Busch Eulenfedern, der nach hinten niedersiel.

Weniger auffällig hätte der Huëko sich ausgestattet. Denn zu dem Zwecke, welchen er verfolgte, bedurfte es keiner herausfordernden Malerei, wie bei festlichen Gelegenheiten oder auf den Kriegssäden gebräuchlich. Ihm konnte nur erwünscht sein, so wenig wie möglich durch äußere Merkmale die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Wiskun führte Bogen und gefüllten Köcher bei sich. Im übrigen waren beide, um in ihren Bewegungen weniger behindert zu sein, nur mit Messer und Beil bewaffnet.

Vor dem Weizenfelde eingetroffen, hielten sie, um keine augenfälligen Spuren zu hinterlassen, behutsam einige Schritte in dasselbe hinein. Dann sich niederlegend, trocken sie verhältnismäßig schnell in der Richtung davon, aus welcher hin und wieder Florences ausdrucksvolle Stimme zu ihnen herüberdrang.

Diese und die wilde Hanit hatten unterdessen die Grabstätte erreicht. Dieselbe bestand aus einer Fläche von etwa zehn Fuß im Quadrat, welche ein aus roh gespaltenen Pfählen hergestellter Zaun begrenzte. Als man die Überreste des Kastakia beerdigte, hatte die arbeitgewohnte Lady Liberty eigenhändig eine junge Eiche dort angepflanzt. Es geschah aus Pietät für die vertriebenen ursprünglichen Besitzer der von ihrem Sohn angekauften Landstrecke. Weder sie noch ihr Sohn hätten damals geglaubt, daß ihr ältester Sohn noch einmal

Beamte und Arbeiter in Dienst nehmen, Agenten und Detailisten anstellen, Verkaufsläger halten und Exportgeschäfte machen. Betheiligt an dem Unternehmen soll der Spiritusfabrikant werden, der Geschäftsgewinn soll die Kassen des Reiches und die Kassen des Kartoffelbrenners gleichmäßig füllen. Die Form des Unternehmens mag neu sein, die Sache ist es längst nicht mehr. Die Zolltarifrevision des Jahres 1879 hat, genau wie heute das Branntweinmonopol, die Kassen des Deutschen Reiches mit ungezählten Millionen füllen sollen, und genau wie jetzt beim Branntweinmonopol sind schon damals den geplagten Finanzministern der Einzelstaaten und den Kommunen von der Reichssteuerreform goldene Berge versprochen worden. An den heute nun einmal unentbehrlichen Compagnons fehlt es auch damals nicht; soll heute der Kartoffelbrenner als Associé eintreten, so war es damals der Eisenindustrielle, der Spinnereibesitzer, der Getreideproducent, der Forstbesitzer. Gleichviel, ob Eisen oder Garn, Korn oder Holz, dem Producenten und Verkäufer sollte durch den Zwang des Gesetzes ein rentabler Preis gesichert werden, und alle neuen Zoll erhöhungen und alle neuesten Zollforderungen gründen sich allein darauf, daß die Sicherung dieses Preises sich als ungünstig erwiesen habe. Wenn endlich beim Branntweinmonopol die Reichsverwaltung die überschüssige Produktion unter den Aufkaufspreisen zur Ausfuhr bringen will, so ist ja in unseren zollgeschützten Industrien das Exportgeschäft unter den Selbstkosten seit Jahren lebhaft im Schwange, ganz zu geschweigen von der Zuckerindustrie, in welcher die Prämiierung des Exports den Kern der staatlichen Begünstigung bildet... Die neue Steuer- und Wirtschaftspolitik führte sie mit dem Vorschlag ein, die Reichseinnahmen durch Besteuerung des Auslandes zu vermehren. Die seitdem immer wiederholte Behauptung, daß die deutschen Eingangsölle von den Ausländern bezahlt werden, ist in ihrer ganzen Ernst und Heiterkeit bis heute noch nicht erschöpfend erörtert. Aber nicht nur in finanzieller, auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht begannen die Ölle Wunder zu wirken. Die hohen Preise, welche die Eisenindustriellen auf dem deutschen Markt erzielen konnten, machte es ihnen möglich, im Auslande unter den Selbstkosten zu verkaufen; der Aufschwung der deutschen Ausfuhr begann. Kein Geschäftsmann kann auf die Dauer einen großen Theil seiner Erzeugnisse unter den Selbstkosten verkaufen, ohne sich und andere in den Bankrott zu treiben. Aber diese unbestreitbare Wahrheit, welche man auch bei jeder Nation im einheimischen Verkehr zwischen einzelnen Geschäftsleuten unbedenklich gelten läßt, soll keine Anwendung finden auf den Handelsverkehr der Nationen unter einander; ein Exportgeschäft mit Verlust für den Exporteur soll doch noch als ein wirtschaftlicher Gewinn für das Land gebucht werden. Mit der Zahl und Höhe der Schatzöle stieg die Anwendung dieses neuen Grundzuges in der Praxis; es feierte seinen höchsten Triumph in der Zuckerexportprämie. Heute liegt es vor aller Augen, daß dieser Versuch, durch eine neue Steuer- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches den internationalen Handel zu föhren und zu beherrschen, völlig gescheitert ist. Die mißachteten Gesetze des wirtschaftlichen Verkehrs haben prompt und unabwendbar gewirkt."

Der „Magdeb. Btg.“ geht von sachkundiger Seite eine Berechnung über den mutmaßlichen Vertrag des Branntweinmonopols zu, die der Beachtung der Monopolfreunde empfohlen wird:

Die Rentabilitätsberechnung des Entwurfs, sagt der Verfasser, gründet doch wohl auf die Voraussetzung, daß der Branntweinconjuum im Inlande auf gleicher oder doch ziemlich gleicher Höhe bleiben werde, wie bisher (1883/84: 279 056 000 Ltr.). Diese Voraussetzung aber sei bei der in Aussicht genommenen Preissteigerung unmöglich. Angenommen, ein Arbeiter, Handwerker oder Tagelöhner consumiert jetzt täglich nur $\frac{1}{4}$ Liter Branntwein bei schwerer Arbeit, bei Kälte und Nässe &c., ein vielleicht sehr mäßiges Quantum, so verschafft er sich diese Stärkung für eine Ausgabe von jetzt täglich 10 Pf. Das macht auf ein Jahr gerechnet ca. 37 M., sagen wir sogar 40 M., für 100 Liter Jahresverbrauch; während jetzt also 1 Liter Branntwein besserer Ware 40 Pf. kostet, wird dasselbe nach dem Monopolentwurf von 2—3 M. für 1 Liter 100 Pf. Branntwein unter möglichem Preiszuflug von 50 Pf. seitens der Communen mindestens 1,50 M. per Liter kosten. Der Arbeiter, der also das gleiche Quantum von $\frac{1}{4}$ Liter pro Tag trinkt will, müßte dafür statt jetzt 10 Pf. nun ziemlich das Drei- oder $3\frac{1}{2}$ Pf. zahlen; das würde für das Jahr statt sonst 40 M. nun ca. 150 M. betragen. Wo nimmt der kleine Mann, der Arbeiter, Tagelöhner u. s. w. nun diese mehr zu zahlenden 110 M. her? Ist sein Lohn etwa so bemessen, daß er dies ruhig thun kann, oder soll er seinen anderen Be-

dürfnissen oder gar seiner Familie so viel entziehen, um sich diese Stärkung erlauben zu können? Der Branntwein-Conjuum würde sich möglicher Weise auf die Hälfte vermindern, damit würden aber auch die Einnahmen der Monopolverwaltung vielleicht nur die Hälfte im Anschlage zurückbleiben und die erhöhten 300 Mill. Nettoeinnahme möchten sich wohl sehr viel geringer stellen, vielleicht noch 150 Millionen ergeben, wenn nicht noch ein zweiter Factor hinzukäme, um von dieser gedachten Einnahme etwas abzuzwickeln. Wird, wie wohl anzunehmen ist, statt sonst 279 Millionen Liter Spiritus nur noch die Hälfte also 140 Millionen Liter inländisch verbraucht, so bleiben dem Staate 139 Millionen Liter Spiritus übrig, die außer den schon vorgesehenen 79 Millionen noch exportiert werden müssen. Gesauft hat der Staat den Spiritus mit vielleicht 30 M. nach dem Entwurf, was er aber bei einem solchen Mengenquantum auf dem Weltmarkt dafür für einen Preis erzielen würde, das ist schwer zu sagen; jedenfalls müßte er mit einem viel geringeren Preis zufrieden sein, wenn er überhaupt ein solches Quantum unterbringen kann, ohne die Preise auf dem Weltmarkt dabei vielleicht um 50 % zu werfen. Was nach solchen bestimmt eintretenden Umständen von den verheizten 300 Mill. Monopol-Neuvermögen noch bleiben wird, bleibt abzumachen. Es wird sich aber sicher ein bedeutender Minderertrag ergeben, schwerlich die Hälfte der angenommenen Summe, und dann kommt die Kehrseite des von den Brennereibesitzern so freudig begrüßten und Gewinn bringenden Monopols, dann heißt es seitens des Staats: Nun, Ihr Brenner, dürft Ihr nur noch die Hälfte des bislang produzierten Spiritus brennen, auch können wir Euch nicht mehr 30 M. für 100 Liter, sondern nur so und so viel weniger dafür geben. Damit erft kommt eine Notlage des Brennereigemeistes; jetzt sind die Herren nur verwöhnt durch die bis 1884 gezogenen guten 9 Jahre, mit einem Durchschnittspreise von 52 M. gegen jetzt 38 M. für Kartoffel-Spiritus und scheinen dabei ganz zu vergessen, daß ein Jahr mit anderen Ernteergebnissen mit Leichtigkeit einen Preisauflauf von 15 bis 20 M. herausbringen kann, ohne daß deshalb an eine Missernte gedacht zu werden braucht. An eine Einnahme aus dem Monopol in der erhöhten Höhe ist sicherlich nicht zu denken. Der Staat könnte leicht ein gleiches Fiasco mit seinem Monopolergebnissen erleben, wie mit der Straßburger Tabaksmannufaktur.

Die Meldung über die im Gange befindlichen Bemühungen, Berlin zum Sitze des künftigen Erzbischofs von Posen, eventuell auch eines päpstlichen Nuntius zu machen, wird von der clericalen Presse mit Spott aufgenommen. Die „Germ.“ schrieb gestern:

„Wir gratuliren der „Bos. Btg.“; wenn Blätter keine politischen Erfolge erzielen, so soll man sie um — Heiterkeitserfolge nicht beneiden. Die „Bos. Btg.“ hat läuten hören, weiß aber nicht, wo die Glocken hängen!“

Die „Bos. Btg.“ erwidert hierauf:

Die „Germ.“ hat ohne Zweifel nicht läuten hören, wenn sie sich auch bei Amtnein gibet, zu wissen, wo die Glocken hängen. Niemand hat über das Verhältniß des jetzigen Papstes zur preußischen Regierung seit Jahren in der „Germ.“ anderes als falsche Nachrichten gefunden, sofern dieselben ihren eigenen Quellen entstammt. Der ihr verursachte angebliche „Heiterkeitserfolg“ unserer Meldung über die mit der Posener Bischofsfrage in Zusammenhang gebrachten Bemühungen zwischen Berlin und Rom gehört auf das nämliche lange überlastete Conto.

Deutschland.

Reichstag.

Wir lassen nachstehend die Rede des Abg. Jazdewski über die Ausweisungen ausführlicher folgen:

Bei der ersten Säcularfeier der französischen Colonie 1785 wurde eine Medaille geprägt, welche den Großen Kurfürsten darstellt, neben ihm die schuhlehnende Religion und weiter vom Feuer zerförderte Häuser und Kirchen in Trümmer. Bei der zweiten Jubiläumsfeier im vorigen Jahre, an der sich die Mitglieder des königlichen Hauses und die höchsten Würdenträger des Staates beteiligten, wurde eine solche Darstellung nicht mehr gewagt, denn um dieselbe Zeit wurden Tausende aus den östlichen Provinzen Preußens ausgewiesen, denen keine andere persönliche Verschulden zur Last gelegt werden konnte, als daß sie die katholische Religion bekennen und zur polnischen Nationalität gehören. Sämtliche russische und öster-

Ich selber, erklärte Florence, das gefürchte finstere Antlitz scharf überwachend und vergeblich nach einem Merkmal milderer Regungen in demselben forschend. Die wilde Hanit aber fuhr in ihrer eigenhümlich herben Weise fort:

Machen die Blumen und der hölzerne Zauber alle Kastakias lebendig, welche durch die Weisen starben? Nein, geben sie mir meinen Herrn und meine Kinder zurück? Nein.

Die Todten können nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden, erwiderte Florence, um törichte Gedanken anzuregen; so ist es bei den braunen Menschen, so ist es bei den weißen. Keiner lebt ewig, sterben müssen wir alle.

Wir müssen alle sterben, wiederholte die wilde Hanit mit feindseligem Hohn; manche sterben alt; manche sterben jung. Wenn junge Menschen sterben, weinen die Alten. Sterben ist leicht. Weinen und klagen ist schwer. Ich weiß es, ich hab' es oft kennen gelernt, ich kann nicht sagen, wie oft.

Wie von Erbörpung übermannt, ließ sie sich auf den Hügel nieder, und sich zusammenkümmernd, barg sie ihr Antlitz zwischen den auf den Knien rastenden Armen. In dieser Stellung bot sie im vollsten Sinne des Wortes das Bild einer Verzweifelnden. Florences Mitleid und innige Theilnahme wurden durch den Anblick bis auf Neuerste gesteigert, und doch wagte sie nicht, der alten Frau sich zu nähern und sie durch Zeichen und Worte freundlichem Trost zugänglich zu machen. Leise trat sie bis an die Einfriedigung zurück. Sich auf dieselbe lehnend, wartete sie geduldig, daß jene sich ermannen und bereit erklären würde, sie nach dem Bienenkorbe zu begleiten.

Längere Zeit verstram. Die wilde Hanit schien entschlafen zu sein; regungslos verhielt sich Florence, um sie nicht zu föhren. Tiefer neigte sich die Sonne und tiefer; weder Florence noch die alte Frau bemerkten es. Sie berührte den westlichen Horizont und tauchte in denselben hinab, und noch immer verharrenten die beiden so verschiedenartigen Gestalten in ihrer Starrheit. Hier brütete wilder Haß, schwelgte eine fanatisch aufgeregte Seele in der Voraussicht blutiger Rache; dort lebte heiligtes Mitleid in einem arglosen Herzen, trachtete ein jugendlich frischer Geist, Mittel zu ergründen, um ein gebrochenes Gemüth aufzurichten, einem hinsäßigen Körper die lezte irische Pflege angedeihen zu lassen. In geringer Entfernung aber von beiden, keine zehn Schritte weit hinter Florence, da wachten Berrath, Tische und Wahnsinn, um ein mit geringen Kräften und Mitteln, dagegen um so bedachtnamet eingeleitetes teuflisches Werk zu einem grauenhaften Abschluß zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

in verwandtschaftliche Beziehung zu Demjenigen treten könne, welchem sie treuerherig die letzte Ehre erwiesen. Viele, viele Jahre waren seitdem verstrichen. Aus dem Bäumchen war ein Baum geworden, der jetzt mit seiner breitverzweigten Krone die einsame Stätte beschattete. Wie es auf christlichen Friedhöfen Sitte, wölbte sich auch hier ein mit Räsen bedeckter Hügel. Räsen wuchsen ringsum; doch waren vor kurzer Zeit einige immergrüne Sträucher angepflanzt worden, welche die Einfriedung freundlich unterbrachen. Zu Häupten des Grabs, mit dem oberen Ende an die Eiche lehnend, war eine breite Platte in die Erde getrieben worden. Auf derselben lag man den mit schwarzer Farbe gemalten Namen „Hanit“. Welke und frische Kränze lagen auf dem Hügel und hingen an dem Brett, davon zeugend, daß Florence mit ihrer ewig regsame Phantasie in sinnigem Walten des längst verstorbenen Großvaters ihrer Mutter ebenso liebessoll gedachte wie des getreuen Sohns der Lady Liberty auf dem Friedhofse.

Hier ruht der große Hanit, hob Florence an, als ihre unheimliche Begleiterin vor der Einfriedigung stehen blieb und über dieselbe hinweg finster auf den Grabhügel starrte. Mit leichter Mühe hob sie einen losen Pfahl aus seinen Hafthen, worauf sie der wilden Hanit voraus die Stätte betrat. Leichten Schrittes begab sie sich nach dem Kopf des Hügels hinüber, mit linken Händen einige verwitterte Kränze befestigend und die noch frischen ordnend. Als sie sich der wilden Hanit wieder zuführte, bemerkte sie, daß diese sie mit unverkennbarem Erstaunen betrachtete, dann aber, wie dieser Regung sich schämmend, schnell neben die einfache Holztafel hinschritt. Ihre dürre braune Hand auf dieselbe legend, fragte sie mit rauher, sogar drohender Stimme:

Wer hat den Zauber der Weisen auf den Kopf eines todten Kastakias gestellt?

Florence erschrak. Ihr angeborener Muth gewann indessen schnell wieder das Übergewicht und begütigend antwortete sie:

Es ist ein guter Zauber, und sie legte ihre Hand von der andern Seite her auf die Schrift, diese Zeichen erzählen jedem, daß hier ein Hanit liegt.

Von abergläubischer Scheu besangen, bestattete die wilde Hanit vorsichtig mehrere Buchstaben. Dann fragte sie wiederum, doch weniger gehässig:

Wer schaffte diesen sprechenden Zauber?

Die starke Frau, antwortete Florence in der alten Weise, sie sagte, der Kastakia war der Vater der braunen Frau meines Sohnes; er soll geehrt werden.

Wer trug die Blumen herbei und verwandelte sie in Geranik? hieß es weiter.

reiche Unterthanen polnischer Nationalität, circa 40 000 — genau kann ich die Ziffer nicht angeben — wurden ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Aufenthaltes im preußischen Lande, auf Geschlecht und Alter, auf ihre Vermögens- und sonstigen Verhältnisse, auf ihre Haltung und Friedfertigkeit in Fristen von ein paar Tagen oder Wochen weggeniesen. In dringenden Fällen erhielten einzelne einen Aufschub, aber eine Erlaubnis zu ständigem Aufenthalt erhielt kein polnischer Unterthan aus Österreich oder Russland. Ausgewiesene wurden auch mehrere jüdische Familien, besonders aus Galizien, und verschwindend wenig Deutsche, Protestanten und Schismatiker, weil eine Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 26. Juli 1885 die Provinzial-Behörden anwies, Angehörige von Russland und Österreich, wenn sie deutsch, protestantisch oder schismatisch sind, von dieser Maßregel zu verschonen. Die Prüfung dieser einschneidenden Maßregel gehört vollkommen zur Kompetenz des Reichs, und ich bin verwundert, daß die verbündeten Regierungen hier durch ihre Abwehrheit glänzen und auf alle Anfragen keine Antwort geben werden. Das darf aber nicht abhalten, eine solche Maßregel vor der civilisierten Welt in der einzigen zuständigen Weise im Parlament zu erörtern. Die Sache ist keine particular-preußische, sondern hat eine eminent völkerrechtliche Bedeutung und Tragweite, muß daher in einem großen, so immig verflochtenen Staatswesen, wie das deutsche, von diesem selbst als Ganzes geprüft werden, weil es seine Verhältnisse zum Auslande als Ganzes regelt, als Ganzes seine Handelsverträge abhängt, die durch eine solche Maßregel sehr empfindlich geschädigt werden. Da außerdem nach Art. 11 der Verfassung der Kaiser des Reich völkerrechtlich vertritt, so hat der Reichskanzler als der verantwortliche Minister des Reichs vor der Vertretung des Volkes Rechenschaft über diese völkerrechtlichen Maßregeln abzulegen, zumal ihre Anwendung auf fremde Unterthanen ein Präcedens für andere Staaten bildet, die nach diesem Beispiel und Muster auch die deutschen Staatsangehörigen aus ihren Gebieten ausweisen können. Diese Maßregel traf Ausländer, die sich seit Jahrzehnten in Preußen niedergelassen, Grundgutentum erworben haben oder Geschäfte betreiben, denen man, wenn auch contra leges, die Ausübung politischer Rechte einräume und Blüthen wie preußischen Unterthanen ausfürbete, die zum Theil ihrer Militärfreiheit genügen haben. Es handelt sich auch nicht um bestraft oder irgendwie gefährliche Subiecte, sondern um unbescholtene Leute. Nach dem modernen Völkerrecht steht dem Staate das Recht zu, Ausländer, die seine Grenzen überschritten oder überdriften haben, um sich in demselben niederzulassen, aus Rückstichen auf das allgemeine Wohl zurückzuweisen, es sei denn, daß die Aufnahme in Folge spezieller Vertrages durch positive Satzungen geregelt ist. Dieses Recht der Ausweisung soll jedoch nur ausnahmsweise im Interesse des Rechtsschutzes und der Selbsthilfe dem Ausland gegenüber oder zum Schutz der Interessen des Staates selbst in Bezug auf sein eigenes Territorium zur Anwendung kommen dürfen, so lehren alle Lehrer des Völkerrechts; sie lehren auch, daß von einer solchen Maßregel nur mit größter Umsicht und Weisheit Gebrauch gemacht werden und daß sie nur bestimmte gefährliche Individuen treffen darf. Die Zulässigkeit von Massenausweisungen aber wird in these einmuthig reprobiert, weil sie den Gewohnheiten des friedlichen Verkehrs unter den Staaten und der Achtung, die sie sich von Rechts wegen schulden, wider sprechen. Minister v. Puttkamer meinte freilich, daß mit einem solchen Satz die völkerrechtliche Unabhängigkeit jedes Staates negirt werde und wollte den Staatsrechtslehrer sehen, der ihn in dieser Schärfe vertheidigen würde. Aber Alle halten ihn aufrecht, Deutsche, Franzosen und Engländer. Eine Ausnahme soll der Kriegszustand oder die Erwartung des Krieges mit einem bestimmten Staat bilden, aber selbst in diesen Fällen stellt sich eine solche Maßregel nach der modernen Praxis des Völkerrechts als so unbillig dar, daß sie, wenn ungünstigerweise angewendet, allgemein verurtheilt wird. So nahm Europa 1868 Stellung dagegen, als die Worte bei der französischen Verwicklung sie gegen griechische Unterthanen androhte; so war es 1870 in Frankreich, so 1879, als Peru gegen Chile ebenso handeln wollte. In Friedenszeiten kann die Ausweisung eines Ausländer nicht auf Willkür beruhen, sondern sie muß ausreichend gerechtfertigt sein. Man unterscheidet Ausweisungen auf Grund eines gerichtlichen Straferkenntnisses und solche auf Grund einer Verwaltungsmaßregel. Meine Interpellation und die dazu gestellten Anträge beschäftigen sich nur mit den letzteren. Wann und warum ein Ausländer ohne ein vorangegangenes gerichtliches Ereignis aus dem Reiche oder einem Particularstaat ausgewiesen werden darf, darüber bestehen zwar keine gesetzlichen Bestimmungen, aber es hat sich hier eine Art von Gewohnheitsrecht herausgebildet, das mit den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen übereinstimmt. Danach ist die Ausweisung gerechtfertigt wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, wegen Besorgniß einer drohenden Rechtsstörung, wegen Schädigung wohlbelebter Staatsinteressen und wegen eines von dem Ausländer begangenen Unrechts im Wege einer Revressalie. Dazu sind alle Lehrer des Völkerrechts in der Empfehlung eines dieser Mittel um so vorsichtiger, als das moderne Völkerrecht immer mehr der Theorie sich zunimmt, daß ein domiciliertes Ausländer zu den wirklichen Staatsangehörigen gehört und als solcher zu behandeln ist. Nach den staatsrechtlichen Normen in Deutschland steht seinem Particularstaat, auch Preußen nicht, das Recht zu, Ausländer aus dem Deutschen Reich auszuweisen. Dagegen hält sich Preußen nach seinem Staatsrecht für befugt, Ausländer, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, auszuweisen. In Wirklichkeit ist nun aber die Ausweisung aus Preußen zugleich eine Ausweisung aus dem ganzen Deutschen Reich; denn die aus Preußen Ausgewiesenen sind auch überall im Deutschen Reich zurückgewiesen worden. Daß im Laufe dieses Jahrhunderts mehrere Tausend polnische Leute aus Österreich und Russland in den östlichen Provinzen Preußens sich zusammengefunden haben,

ist etwas ganz Natürliches. Seit 1815 haben sich Russland und Preußen durch Verträge verpflichtet, eine freie Circulation der polnischen Bevölkerung von ihnen und drüber zu zulassen, und weil die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in Russland für die Polen sehr unangenehm sind, so haben viele von ihnen in Preußen ihre Wohnstätte genommen. Die Stipulationen des Wiener Vertrages sind in dieser Beziehung heute noch ebenso verbindlich wie 1815. Danach steht es den Polen frei, ihr bestehendes Unterthanenverhältnis zu lösen und ohne Beschränkung in den Bereich einer anderen der den Vertrag schließenden Mächte zu ziehen. Friedrich Wilhelm III. hat auf sein königliches Wort versprochen, für sich und seine Nachfolger den Wiener Tractat zu halten, und ich glaube deshalb, daß die preußische Staatsregierung nicht befürchtet war, ihn kurzerhand aufzuhören, ohne nachgewiesen zu haben, daß er die Existenz des Staates gefährdet. Deshalb war ein Zurückweisen fremder, aus russischen Provinzen stammender Unterthanen polnischer Nationalität nicht zulässig, bis die Sicherheit und Ordnung des Staates gefährdet war. Diese die Polen speciell betreffenden Vertragsbestimmungen fanden bis in die letzte Zeit hinein in den staatsrechtlichen Aussafungen Preußens noch eine Erweiterung, infofern bis zum Jahre 1843 Ausländer durch Constitution eines Domicils in Preußen die Eigenschaft eines preußischen Unterthanen erwarben. Das Gesetz vom 31. December 1842 über Erwerbung und Verlust der Eigenschaft eines preußischen Unterthanen hat festere Normen aufgestellt, aber die Domicilverhältnisse der Ausländer nicht berührt. Das Rescript vom 5. Mai 1857 hat es ferner für unbedenklich erklärt, daß Ausländer in preußischen Gemeinden einen Wohnsitz begründen. Durch das Gesetz vom 12. October 1867 über das Passwesen wurde bestimmt, daß von Ausländern beim Eintritt und Aufenthalt im norddeutschen Bundesgebiete keine Reisepapiere gefordert werden dürfen, auch wurden die Ausenthaltskarten abgeschafft. Das Reichsgesetz vom 1. Juni 1870 über die Erwerbung der Staatsangehörigkeit hat das preußische Gesetz vom 31. December 1842 aufgehoben, und der Artikel IV der Reichsverfassung, der sich mit der Paß- und Fremdenpolizei beschäftigt, hat in gewisser Hinsicht alle Fremden unter seine Obhut genommen. Seitdem hat auch die preußische Regierung den Ausländern den Aufenthalt nicht nur erschwert, sondern wesentlich erleichtert, wie aus dem Rescript vom 8. Juni 1872 hervorgeht, wo die Ausweisung einer Person, welche polizeilich angemeldet war und über zwei Jahre an einem Orte gewohnt und dort ihren Unterhalt erworben hatte, für unzulässig erklärt wurde. Ebenso wurde durch Rescript vom 8. Februar 1870 die Annahme, daß der Gemeinde ein unbedingtes Widerspruchsrecht gegen den Aufenthalt eines Ausländers zustehe, als unrichtig zurückgewiesen. Endlich gestattet das Gesetz vom 8. Mai 1870 jedem Ausländer, Eigentum zu erwerben, was nur Sinn hat, wenn dem Eigentum Erwerbenden auch gestattet wird, in dem Besitz zu wohnen und ihn zu benutzen. Diese völkerrechtlichen Stipulationen im administrativen Erlasse haben sich aber mit einem drastischen Ausdruck zu bedienen, für die Ausländer nur gewissermaßen als eine von Staats wegen gelegte Falle erwiesen. Man ist plötzlich über Nacht zu anderen Entwicklungen gekommen und hat Leuten, die es nicht ahnten, mit kurzen Fristen den Befehl ertheilt, die preußischen Lande zu verlassen, und so ihre Existenz ruiniert.

Zur Rechtfertigung solcher exorbitanten Maßregel wird die politische Sicherheit des preußischen Staates, sowie die Rücksicht auf die Pflege des deutschen Bewußts und deutscher Cultur angesetzt; in der geistigen Thronrede heißt es: Schutz deutscher Volksstämme gegen die Polonisierung. Diese letztere Behauptung, daß das deutsche Element in den Provinzen zurückgedrängt wird, ist unrichtig, wie sich statistisch für die Jahre von 1880 bis 1885 nachweisen läßt, ebenso steht es mit der Gefährdung Preußens in seiner politischen Sicherheit. Von der Gefährdung des Staates durch eine kriegerische Entwicklung scheint auch Herr v. Puttkamer nicht sprechen zu wollen; beides ist aber unbewiesen geblieben. Der Minister hat selbst zu gegeben, daß unter den Ausgewiesenen sich sehr viele befinden, die nur bedacht waren, auf ehrliche Weise ihr Brot zu verdienen, die aus Furcht vor der früher sehr abschreckenden Militäraushebung die russische Grenze überschritten hatten. Solche friedfertige, ruhige, arbeitsame Leute können doch die Sicherheit des preußischen Staates nicht gefährden, trotzdem befürchtet Herr v. Puttkamer von den mittleren und höheren Schichten der volkstümlichen Eingewanderten nationalistische Propaganda. Eben so beweisbar wie diese Behauptung bleibt die andere des Herrn v. Puttkamer, daß die große indifferente Klasse durch ihre bloße Existenz in diesen Landesteilen eine thatsächliche Bedrohung der Sicherheit Preußens bildet, weil sie für die Ansiedlung des polnischen Fanatismus, ebenso wie die einheimische Bevölkerung, verwendet würde. Dieser angebliche Fanatismus der polnischen Bevölkerung äußert sich eben nur am Festhalten an den durch Naturrecht erworbenen oder durch Staatsverträge garantirten Rechten. Wie sehr diese Rechte geschädigt sind, zeigen die Verheerungen des Krieges, der verwerthlichen Schulpolitik seit 1872. Man hat das Recht des Menschen auf seine Nationalität und seine Kirche in uns unterdrückt, vertrieben. Statt Laienfeind um des bloßen Verdachts der Geltendmachung solcher unveränderlichen Rechte willen auszuweisen, zu Bettlern zu machen, hätte man doch ein Gesetz gegen die gefährlichen Bestrebungen der Polen nach dem Muster des Expatirationsgesetzes einbringen sollen. Die Aufrechterhaltung dieser Rechte gefährdet wieder die Sicherheit Preußens, noch die deutsche Cultur; gefährdet werden kann lediglich nur durch diese Ausweisungsmaßregeln, welche einen langdauernden Haß gegen das Deutschtum in die Bevölkerung hineinbringen werden. Die Verantwortung für die Sicherheit des Staates trifft also einzig die preußische Regierung. Wenn nun die geistige preußische Thronrede Vorlagen ankündigt, die dem Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische vorbeugen sollen,

so fühlt sie sich jedenfalls auch auf die Angaben des Herrn v. Puttkamer, daß von 1870 bis 1880 die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen nicht ebenso stark wie sonst in Preußen sich vermehrt habe. Redner weist unter Anführung von statistischen Zahlen nach, daß der Zuwachs der polnischen Bevölkerung in den fraglichen Regierungsbezirken nicht von außen gekommen sei, sondern Verhältnissen, welche innerhalb des Staates liegen, seitdem die Ursprung verdarbe. Begreife wer kann die Behauptung der Regierung, daß gegenüber der überwiegenden Zahl der Deutschen mit ihren Beamten, ihrer Kapitalkraft, alles geschützt durch so viel Armeecorps, durch einige Tausend eingewanderte Polen eine gänzliche Umgestaltung des ganzen Cultur- und Nationalzustandes der deutschen Bevölkerung nothwendig eintreten müsse! Für das polnische Element wäre das ja ein großer Kraft und Vitalität, für das deutsche keine besondere Schmelzelei; aber richtig ist gerade das Gegenteil dieser Behauptung. Lage die angedeutete Gefahr wirklich vor, dann würde doch die Verbreitung dieser wenigen, größtentheils ungebildeten Polen nicht genügen, das angeblich mit elementarer Gewalt vordringende Polenkum zurückzuhalten. Das Gegenteil ist wahr. Mit überhauftem Vernichtungsfeuer arbeitet Preußen an der Unterbindung der Lebensadern der polnischen Nation; und dabei schüttet man Furcht vor, ein Kunstriff, den schon die Alten kannten: finebat metum, quo magis conciperetur! Es ist auch nicht richtig, daß deutsche Insassen durch eingewanderte polnische Arbeiter verdrängt werden; die deutschen Einwohner haben sich auch nie über dergleichen beschwert, und die deutschen Grundbesitzer haben selbst um Zurücknahme der Ausweisungsmaßregel gebeten. Die aus Russland eingewanderten Polen sind lediglich an Stelle derjenigen Polen getreten, welche in den letzten Jahren aus den östlichen Provinzen nach dem westlichen und Amerika gewandert sind, nicht aber an Stelle von Deutschen. Auch von einer Polonisierung der Schule in jenen Gegenden kann nicht die Rede sein; eine polnische Schule gibt es in den ganzen preußischen Staaten nicht. Im Jahre 1822 waren ferner nach Hoffmanns Statistik 62532 Katholiken und 272362 Protestanten. 1837 gab es 742912 Katholiken, 352564 Protestanten. Also es wuchs die katholische Bevölkerung in viel geringerem Verhältnis, als die protestantische. 1875 gab es in Polen 1 009 848 Katholiken und 573 995 Protestanten. Bis dahin hat sich also die protestantische Bevölkerung fast verdoppelt, die Katholiken sind zuletzt von Westen eingewanderte Deutsche. Es wandert ferner (wie Nieder mit statistischen Daten ausführlich nachzuweisen sucht) die deutsche Bevölkerung aus den östlichen Provinzen nach dem russischen Polen in viel größerer Zahl aus, als Polen von dort in Preußen einwandern. Die nationalen Gesichtspunkte also, die Herr v. Puttkamer betont hat, rechtfertigen die Ausweisungsmaßregeln absolut nicht. Es müssen noch andere Gründe vorhanden sein, und zwar, wie auch Graf Taaffe im österreichischen Reichsrat betont hat, konfessionelle Gründe. Die Leute wurden ausgewiesen, weil sie Polen und weil sie Katholiken sind, wie dem in Preußen der Katholik überhaupt anders behandelt wird, als der Protestant. Die Ausweisungen stellen eine culturfähiger Maßregel neuester Erfindung dar, eine neue Art der Verfolgung der Katholiken. Die Ausweisungen treffen nicht blos die arbeitende Klasse, sondern alle Stände, Rittergutsbesitzer, kleine Besitzer, Kaufleute, Gewerbetreibende u. s. w. Diejenigen, welche unverheirathet nach Preußen kamen, haben großenteils hier geheirathet, die Kinder aus diesen Ehen sind auf preußischem Staatsgebiet geboren. Die Behörden selbst könnten in vielen Fällen nicht unterscheiden, wer von diesen Leuten dem Staatsverband Preußen angehört und wer nicht, und viele Söhne der Eingewanderten sind deshalb zum Militär eingezogen worden, haben die Kriege mitgemacht und Manche von ihnen haben darin ihr Leben gelassen. Diese Leute oder ihre Angehörigen auszuweisen, das ist plötzlich über Nacht zu anderen Entwicklungen gekommen und hat Leuten, die es nicht ahnten, mit kurzen Fristen den Befehl ertheilt, die preußischen Lande zu verlassen, und so ihre Existenz ruinirt.

Kleine Chronik.
Breslau, 16. Januar.

Anlässlich des 25-jährigen Regierungs-Jubiläums des Kaisers als König von Preußen, ist — so schreibt man der „T. R.“ — nirgends dessen Erwähnung geschehen, daß der Kaiser in seiner anererben Würde als König der älteste Monarch ist, der je diesen Titel in Deutschland getragen, wie er gleichfalls als Kaiser, als weicher er in jüngerer Zeit sein neuzeitiges Lebensjahr beginnt, zweifelsohne der älteste Kaiser ist, der je über Deutschland regiert hat. Ueberhaupt hat nie ein Fürst in dieser höchsten Würde in einem solchen Alter einen Thron bestiegen. „Seit den Zeiten der Karolinger“, hieß es schon gelegentlich der goldenen Hochzeit unseres Kaiserpaars, „seit das deutsche Volk in mehr als vorübergehender Weise sich zu einem Ganzen zusammenschloß, seit Deutschland sich zu einem Staatswesen verband, ja selbst seit den ersten Versuchen der Verbindung aller deutschen Stämme zu des großen Karls Zeiten, dem ganzen Jahrtausend deutscher Geschichte, hat kein König und kein Kaiser sich auch nur dem achtzigsten Lebensjahr genähert.“ Wenn man das zurückgelegte siebzigste Jahr als den Beginn des Greisenalters annehmen will, so haben nur sehr wenige Kaiser diesen Lebensabschnitt erreicht. Es sind dies Friedrich III. (gest. 1493), der mit 77 Jahren starb, Rudolf I. (gest. 1291), der Gründer der Habsburgischen Dynastie, und Franz II. (gest. 1835), welche beide Zepten ein Alter von 73 Jahren erreichten. Im 70. Lebensjahr starben Kaiser Lothar von Sachsen (gest. 1137), Sigismund, der Luxemburger (gest. 1437), Friedrich I., Barbarossa (gest. 1191). Zwei Habsburger, Albrecht I. (gest. 1308) und Leopold I. (gest. 1705) starben mit 65 Jahren, und um wenige Jahre oder „leben nur“ überschritten Ludwig der Bayer (gest. 1347), Karl IV. (gest. 1378), Otto I. (gest. 973), Karl V., Ferdinand I. und Matthias das 60. Jahr ihres Lebens. Das 60. Lebensjahr erreichten nicht Heinrich IV., Friedrich II., Heinrich VII., Rudolf II., Ferdinand II., Karl IV. und Franz I., die alle als Fünfziger starben. Adolf von Nassau, Albrecht II., Maximilian II., Joseph II. (gest. 1790) und Leopold II. starben schon vor dem 50. Lebensjahr. Wenn die Namen der Kaiser hier nicht erwähnt werden, die in den vierzig, dreißiger, ja zwanziger Jahren starben, so sei wenigstens noch Otto III. genannt, der (1002) schon im 22. Lebensjahr verstarb.

Neben die Ermordung des Präfekten Barrême wird uns aus Paris, 14. Januar, geschrieben: Ein Mord, der wegen der hohen Selbstdarstellung, die das Opfer in der Gesellschaft einnahm, und seiner noch unaufgeklärten Motive alle Welt lebhaft beschäftigt, wurde gestern Abend auf der Linie der Westbahn zwischen Paris und Maisons-Laffitte vollbracht. Abends nach neun Uhr rief der Conducteur eines aus Paris kommenden Güterzuges bei der Durchfahrt durch die Station Maisons-Laffitte einige Worte zurück, in denen man „Mensch auf den Schienen“ oder „Feuer auf den Schienen“ zu verstehen glaubte. Der Stationschef sandte sofort einen Arbeiter mit einer Laterne nach der angezeigten Stelle, von wo dieser so gleich mit der Meldung zurückkam, es liege ein ermordeter Mann dasebst, den die Uebelhauer wahrscheinlich in die Seine zu werfen beabsichtigten, sich aber dabei irrten und nach der Innenseite der Brücke zwischen die Schienen fallen ließen. Die Gendarmerie wurde sofort davon benachrichtigt und in Anwesenheit eines Arztes der Leichnam nach der Station geschafft. Derselbe war der eines Mannes von etwa 40 Jahren, schwartz

gekleidet und in einen Reisepelz gehüllt. Ein gewöhnliches roth und weiß carrierte Baumwollstück war ihm über die Augen gebunden worden. Eine tiefe Wunde war hinter dem rechten Ohr zu bemerken. In den Kleider fand sich eine auf den Ramen des Herrn Barrême, Präfekten der Côte, ausgestellte Freikarte der Weltfahrt, mehrere an dienen gerichtete Briefe, 500 Francen in Banknoten und 37 Francen in kleiner Münze, so daß die Diebstahl nicht als Motiv der Handlung, als welches Rache genannt wird, angeführt werden darf. Herr Barrême, der zwei Tage in Paris war und noch gestern Vormittags vom Minister des Innern empfangen worden war, hatte sich gestern Abend auf seinen Posten zurückgegeben wollen. Über den oder die Mörder — man glaubt allgemein, daß es deren mehrere waren — ist noch nichts bekannt. Nach neuen telegraphischen Meldungen nimmt man an, daß der Ermordete eine größere Summe bei sich hatte, daß also ein Raubmord vorliegt. Die Red.

Eine Trauung auf dem Todtenbett fand dieser Tage in Wien im allgemeinen Krankenhaus statt. Die Weiznäherin Josefa Livancé war seit 5 Jahren mit dem Bahnarbeiter Florian Grün betraut. Alle seine Ersparnisse brachte der fleißige Arbeiter seiner Geliebten, welche ihrerseits durch Häharbeiten das Mögliche zu verdienen suchte. Tag und Nacht jagt das junge Weib an der klappernden Nähmaschine. Leider untergrub diese anstrengende Beschäftigung ihre ohnehin zarte Gesundheit, sie wurde brüstenfrank. Am 17. October vorigen Jahres wurde sie ins Allgemeine Krankenhaus gebracht und auf die schwarze Tafel zu Hääupten ihres Bettes schrieb der diensthabende Arzt die ominösen Buchstaben „M. C.“, welche im Saale Nr. 49 über so manchem Schmerzenslager erschrecklich sind. Diese zwei knappen Buchstaben fassen aber eine gar schmerzhafte Fülle von Jammer und Elend in sich, sie sind die Bisturte des — Todes. Dem armen Kranken ist ihr Sinn unverständlich und soll es auch sein, denn aus Humanität vermeiden die Aerzte das gemeinfürstliche Wort „Lungen-tuberkulose“. „M. C.“ bedeutet „Morbus communis“ d. h. die gewöhnliche, die Alltagskrankheit, welche in Wien jahraus jahrein für ihren Theil mehr Menschen hinnimmt, als sämmtliche andere Krankheiten zusammengekommen. Troch sorgfältiger Pflege griff die tödliche Krankheit der armen Weiznäherin immer weiter um sich und vor zwei Tagen konnte der ordinirende Arzt ihrem treuen Geliebten, welcher täglich während der Besuchsstunden an ihrem Schmerzenslager weilete, die trübe Kunde nicht länger verhehlen, daß er sich aus das baldige Ableben seiner Josefa gefaßt machen müsse. Er zog einen raschen Entschluß und eilte zu dem geistlichen Director des Krankenhauses, P. Janovis, mit der Bitte, seinem Liebstensumme mit der Sterbenden auch den kirchlichen Segen zu ertheilen, da doch jetzt alle materiellen Rücksichten, welche bisher dem Abschluß einer Ehe im Wege gestanden, schweigen müßten. Der humane Priester erklärte sich unverzüglich bereit, die gewünschte Trauung mit allen Dispensen zu vollziehen und fand dieselbe gestern Nachmittags gegen 1/25 Uhr tatsächlich statt. Vor dem Lager der Josefa Livancé war ein Altar mit Crucifix improvisirt; sie selbst wurde im Bett vor zwei Wärtersinnen aufrecht gehalten, frisch angelegte Spitalswäsch, mit deren Weise das verfallene Antlitz der Sterbenden wetteiferte, war das Brautgewand. Der schluchzende Bräutigam war in Begleitung zweier Freunde, als Zeugen, erschienen; außerdem hatten sich zu der in Anbetracht der Umstände doppelt feierlichen Handlung die Secundärärzte Dr. Schnabel, Pollak und Kauders, sowie sämmtliche Wärtersinnen der Abtheilung eingefunden. Pater Janovis

stellte zunächst die üblichen Fragen, insbesondere ob sich die Brautleute nicht eines Ehehindernisses bewußt seien, und hielt sodann eine ergreifende Ansprache, in welcher er dem Bräutigam den Ernst des Schrittes vorhielt und ihn ermahnte, für den Fall, als Gottes Allgütte seine Braut beim Leben erhalte, sich stets in Erinnerung zu halten den Eid, welchen er in dieser Stunde leiste. Hierauf wurde der Trauschein unterzeichnet und die Ringe gewechselt. Um das Lager knieten schluchzend die Wärtersinnen, und die Kranken in den anderen Betten stimmten in die Schmerzäußerung ein. Der von seinen Gefühlen überwältigte Bräutigam vernahm kaum das „Ja“ aus der geprägten Kehle hervorzubringen; die Braut dagegen war erstaunt gefaßt und suchte noch den Jammer des ihr Angestrauten zu verschwätigen. Die Ceremonie dauerte beinahe drei Viertelstunden.

Sarrazin eingeschaut! Der „Pester Lloyd“ vom Mittwoch schreibt: Das für heute Abend angekündigte Concert des Violin-Virtuosen Sarazate ist im buchstäblichen Sinne des Wortes verweht worden. Herr Pablo de Sarazate und die clavierpielende Dame, die ihn auf seiner Tournee begleitet, sind heute früh allerdings von Wien aufgebrochen, um hier zu concertiren, aber bis zum Abend mußte man von ihnen hier nicht mehr, als daß sie gegen Mittag bis nach Marchegg gelangt sind. Da man dem Gintreffen des Courierzuges im Laufe des Nachmittags ständig entgegenfahrt, konnte keine Abfahrt des Concertes erfolgen, und das Publikum blieb in Ungeduld, bis es endlich davon verständigt wurde, daß das Concert nicht stattfinde. Der berühmte Geiger und Virtuose Marr waren durch Schneemassen auf dem Wege nach Pest aufgehalten worden. Der Zug, den sie zur Reise benutzt, traf erst spät am Abend in Pest ein.

Der historische Festzug, welcher für die bevorstehende Jubelfeier des 500-jährigen Bestehens der Universität zu Heidelberg geplant ist, soll 12 Bilder aus der Geschichte der Universität vorführen. Dieselben stellen dar: 1) die Gründung durch den Pfalzgrafen Ruprecht im Jahre 1386; 2) den Kriegszug Friedrichs des Siegreichen im Jahre 1460; 3) die humanistische Lehranstalt unter Otto Heinrich im Jahre 1560 nebst den Motiven des sogenannten Otto-Heinrich-Baues; 4) die Palatia juvunda (das große Jahr) unter Johann Casimir im Jahre 1584; 5) den Einzug der Kurfürstin Elisabeth Gemalin Friedrichs V. im Jahre 1613; 6) die böhmische Gesandtschaft, welche 1618 zu Friedrich V. kam; 7) Gruppen und Trachten aus dem 30-jährigen Kriege; 8) eine Episode aus der Regier

